

»Windkraft gehört zu unserer Kulturlandschaft!«



»Windkraft gehört zu unserer Kulturlandschaft!« Diese noch recht ungewohnte Ansicht vertritt der niedersächsische Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz, Olaf Lies (SPD). »Das haben wir so übrigens auch in den Erlass geschrieben. Das ist zwar zunächst vor allem eine politische Botschaft, ohne tatsächliche rechtsbindende Wirkung. Es ist aber ein klares Bekenntnis zum Ausbau der Windkraft in Niedersachsen«, meinte der Minister in einem Interview mit der *NWZ*.

Mit aller Gewalt sollen auch in Niedersachsen mehr Windräder durchgedrückt werden, obwohl das Land vor allem in den Küstenregionen mit Windrädern zugesperrt wurde. Doch das reicht Lies nicht: »Unser Ziel ist es, spätestens ab 2030 genau 2,1 Prozent der Landesfläche für Windkraftanlagen zur Verfügung zu stellen.« Die niedersächsische Landesregierung hat bekanntlich einen Windenergieerlass beschlossen, nach dem Anlagen der Windindustrie im Raumordnungsprogramm eine Vorrangstellung bekommen sollen.

Der Schutz des Landschaftsbildes zählt nichts mehr, wenn Windräder den Blick auf jahrhundertealte Bauten verstellt. Lies verweist darauf, dass es klar definierte Abstandsgrenzen gebe, aber: »Natürlich lässt es sich dann nicht vermeiden, dass Windräder am Horizont zu sehen sind. Aber sie gehören dazu, wenn wir Klimaschutz in Realität umsetzen.«

Jedes Jahr müssten fast 500 Anlagen neu gebaut werden, denn Lies träumt davon, 2040 den Strom komplett aus sogenannten »erneuerbaren« Energien zu bekommen. Er hätte gerne 65 GW Leistung aus Fotovoltaikanlagen und 30 GW aus Windanlagen. Erstaunliche Zahlen, stehen bisher in Niedersachsen Ende 2020 insgesamt 6352 Windräder, die 11.325 Megawatt an Leistung liefern könnten, wenn, ja wenn der Wind weht. Wenn nicht, versinkt das Land im Dunkeln, wenn aus dem Ausland kein Strom importiert werden kann. Dabei wirken bereits jetzt weite Landstriche aufgrund der gigantischen [Windindustrieanlagen](#) unbewohnbar.

Das Land Niedersachsen geht immer brutaler gegen Bürger vor, die sich gegen diese monumentalen Industrieanlagen wehren wollen. Auch der Landesverband der Bürgerinitiativen in Hannover ist auf Linie gebracht und setzt gegenüber lokalen Initiativen den politischen Willen der Landesregierung durch. Zum Beispiel gegen die Windkraftgegner »[Keine Windkraft im Emmertal e.V.](#)« in der Nähe des Kernkraftwerks Grohnde.

Die lokale Gruppe und der Landesverband hatten gegen den Windpark Grohnde-Kirchohsen geklagt und Natur- und Umweltschutzgründe angeführt. *TE* berichtete. Dem mochte die erste Instanz nicht folgen. Anlass für den Landesverband der Bürgerinitiativen, nicht weiter fortzufahren, obwohl ein Rechtsgutachten gute Erfolgsaussichten für eine Berufung vor dem Oberverwaltungsgericht sah. Die lokale Bürgerinitiative »Keine Windräder im Emmerthal« sieht den Verband weiterhin als in der Pflicht, die Klage fortzusetzen. Immerhin existieren entsprechende Vereinbarungen. Doch der LBU lehnt ab, damit nicht die Ziele des LBU zum Atomausstieg und zur Nutzung erneuerbarer Energien »torpediert« würden. Der Verband führt übrigens auch *TE*-Veröffentlichungen zur Begründung für seine Haltung an.

Freuen können sich allerdings Rechtsanwälte und Steuerberater. Denn die Zahl der Auseinandersetzungen um die mangelnden Erträge der Windanlagen nimmt zu. Immer mehr Bürger, die ihre Spargroschen in die angeblichen »Bürgerwindparks« investiert haben, stellen nach ein paar Jahren mit langen Gesichtern fest, wie wenig Ertrag die Windräder erbracht haben.

»Sehr geehrte Damen und Herren«, so heißt es in einem wütenden Brief von Windbürgern, der *TE* vorliegt, »nach bislang drei weniger erfolgreichen Ertragsjahren Jahr 2020: 6.917.284 kWh (88,4% der Prognose), Jahr 2019: 6.765.468 kWh (86,5% der Prognose), Jahr 2018: 6.206.743 kWh (79,3% der Prognose) produziert die Anlage im Jahr 2021 (Januar-April) 24,8% der Prognose bislang noch weniger Strom als im gleichen Zeitraum 2020 mit 43,7% der Prognose.« Sie glauben: »Das wird die Genossenschaftsmitglieder mit Sicherheit nicht erfreuen.«

»Die Frage stellt sich erneut auch im vierten Betriebsjahr der Windkraftanlage, hat der Vorstand die Anleger mit falschen Prognosen getäuscht?« Das schreibt die Energiegenossenschaft Weserbergland, die das erste »Bürger-Windrades« Hamelns betreibt. Erst wurde von einer langfristigen, »enkeltauglichen Geldanlage« gesprochen, doch heute stellen sie mit langen Gesichtern fest: »Haben Oma und Opa sich von falschen Versprechungen blenden lassen, weil sie es nicht besser wussten?«

MERKELS WORT »KLIMALEUGNER« MUSS ALARMIEREN

»Klimaschutz« als Generalvollmacht gegen Recht und Freiheit

Oma und Opa hätten es besser wissen können, denn die Spatzen pfeifen es von allen Dächern, dass die Windräder nur den Landverpächtern und den Projektierern nutzen. Die seifen wie Woldeckenverkäufer auf Kaffeefahrt die potentiellen Anleger ein und versprechen als Rendite das Blaue vom Himmel. Doch das Blaue trägt genauso wie die windigen Ertragsprognosen.

Nichtsdestotrotz sieht die Windindustrie nach dem Skandalurteil des Bundesverfassungsgerichtes Aufwind und fordert noch viel mehr Windräder, allen voran Claudia Kemfert, die von 100.000 Windrädern in Deutschland träumt. Doch das auch 100.000 mal null immer noch null ist, es bei Flaute also keinen Strom gibt, hat ihr offenbar noch niemand gesagt. Ihre Antwort an Kritiker: Sie würden immer ein Extremszenario machen, was es einmal im Jahr für 10 Tage gebe, die restlichen Tage hätten wir erneuerbare Energie im

Überschuss.

Allerdings bringen Windräder durchschnittlich maximal und rechnerisch nur rund 2.000 sogenannte Volllaststunden pro Jahr, das insgesamt 8.760 Stunden hat. Die restlichen 6.760 Stunden stehen die rechnerisch Dinger still, weil kein Wind weht.

Abgesehen davon, dass es deutlich mehr Tage ohne ausreichendes Windangebot als jene von Kemfert benannten 10 gibt, ist die Botschaft klar: Habt euch doch nicht so, was braucht ihr auch jeden Tag Strom?